

Angriff auf die demokratisch verfasste
Studierendenvertretung
(Erklärung von Jonas Bens)

DIE LINKE.
Landesarbeitsgemeinschaft Bildung

Zu den Plänen der Landesregierung, die Zuteilung der Mittel der Verfassten Studierendenschaft an die Wahlbeteiligung an den Hochschulen zu koppeln, erklärt Jonas Bens, Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei.NRW:

In der Presse verkündet der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Michael Brinkmeier, es bestünden Pläne der Landesregierung künftig die Höhe der Zuwendungen an die Studentenausschüsse (ASten) an die Wahlbeteiligung zu koppeln, wie das in Hessen geschehe. "Das ist ganz klar ein Angriff auf die Handlungsfähigkeit der Verfassten Studierendenschaft. Im Kurs von Studiengebühren, Ökonomisierung und Entdemokratisierung von Hochschulen sind die Studierendenvertretungen der NRW Landesregierung ein Dorn im Auge. Hier soll versucht werden, den politisch unliebsamen Studierenden den Geldhahn zuzudrehen." sagte Jonas Bens, Mitglied des Landesvorstandes NRW.

Das Argument, es fehle bei der geringen Wahlbeteiligung den ASten in NRW an Legitimation, ist absurd. Die Gründe für die geringe Wahlbeteiligung liegen nicht in einer mangelnden Akzeptanz der Politik der ASten, sondern darin, dass der Einfluss der Studierendenvertretungen fast gänzlich auf sich selbst beschränkt ist. Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungen an der Hochschule wurden in den letzten 20 Jahren systematisch abgebaut. "Zuerst werden die Einflussmöglichkeiten der Studierendenvertretung massiv eingeschränkt, dann wundert man sich, dass die Studierenden nicht mehr zu den AStA-Wahlen gehen und dann wendet man das Argument der geringen Wahlbeteiligung gegen die ASten. Das ist bodenlose Heuchelei." so Bens.

In den letzten Jahren haben Studierendenproteste, die hauptsächlich von den ASten finanziert wurden, immer wieder deutliche Zeichen gegen Ökonomisierung und Entdemokratisierung von Hochschulen gesetzt. Diese Proteste will man jetzt einfach finanziell untergraben. "Es ist bekannt, dass der Bundesdachverband fzs, sowie das bundesweite Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), maßgeblich von den zahlreichen Hochschulen in NRW finanziert werden. Bei weniger finanzstarken NRW-ASten erhoffen sich CDU und FDP in Zukunft weniger Widerstand gegen ihre Pläne zum Bildungsabbau bundesweit." so Bens abschließend.